

Die DDR im Blick der Stasi

Die geheimen Berichte an die SED-Führung

1977





Die DDR im Blick der Stasi

Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Herausgegeben von Daniela Münkkel im Auftrag
des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Die DDR im Blick der Stasi 1977

Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Bearbeitet von Henrik Bispinck

Vandenhoeck & Ruprecht

Mit 5 Abbildungen und einer CD-ROM

Umschlagabbildung: Pressefoto aus dem Spiegel Nr.43 vom 17.10.1977
Quelle: Frank Schumann/Der Spiegel

Informationen zum BStU und zur Edition: www.bstu.bund.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-37501-3

© 2012, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen/
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. – Printed in Germany.

Diese Publikation und die CD wurden mit EB.Suite realisiert.

© EasyBrowse GmbH, Schwerin, 2012

Gesamtherstellung: ☉Hubert & Co, Göttingen, Internet: www.hubertundco.de

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Vorwort 1977	7
Einleitung 1977	12
1. Zeitgeschichtlicher Hintergrund	13
1.1 Außen- und Deutschlandpolitik	13
1.2 Innen- und Kulturpolitik	14
1.3 Wirtschaftspolitik	15
1.4 MfS und ZAIG	16
2. Ausgewählte Themenfelder der Berichte	19
2.1 Die Nachwehen der Biermann-Ausbürgerung	19
2.2 Probleme in Wirtschaft und Industrie	24
2.3 Versorgungslage und Bevölkerungsstimmung	27
2.4 Die Kirchen	31
2.5 Flucht und Ausreise	34
2.6 Asylsuchende und Grenzverletzungen von westdeutscher Seite	38
3. Zur Struktur der Berichte	41
3.1 Reihe Informationen	41
3.2 Reihe »Verschiedenes« (Ablage K)	43
3.3 Reihe »Reaktion der Bevölkerung« (Ablage O)	44
4. Adressaten und Rezeption	46
5. Zur Druckauswahl und Formalia	49
6. Schlussbetrachtung	51
7. Anhang: Adressaten der Berichte 1977	52
Editionsgrundsätze	60
Faksimiles von Dokumenten	64
Ausgewählte Dokumente	69
Abkürzungsverzeichnis	295
Gesamtübersicht der Dokumente 1977	300

Vorwort

Daniela Münkel

Die DDR im Blick der Stasi Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989

Die geheimen Berichte, die die »Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. ihre Vorläufer zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR seit dem Juni-Aufstand 1953 verfasst hat, sind eine zeitgeschichtliche Quelle von hohem historischen Wert. Es sind Berichte, die 36 Jahre lang in unterschiedlichen Formen und Frequenzen angefertigt wurden und den spezifischen Blick der Stasi auf und in die DDR offenbaren: Hinweise auf vermeintliches oder wirkliches oppositionelles Verhalten sind dort ebenso zu finden wie Problemlagen in Wirtschaft und Versorgung, die Stimmungen in der Bevölkerung sowie Statistiken zu Devisenumtausch, Ausreise- und Fluchtfällen. Scheinbar Triviales steht hier neben den größeren und kleineren »Schwierigkeiten«, die sich bei der Etablierung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft und dem Aufbau des »real existierenden Sozialismus« ergaben. Es entfaltet sich ein breitgefächertes Spektrum, eine Art Tiefenbohrung in die DDR-Gesellschaft, geprägt von der geheimdienstlichen Sicht, die vor allem darauf bedacht war, politisch abweichendes Verhalten und sicherheitsrelevante Probleme aufzudecken und zu neutralisieren. Darüber hinaus mussten die MfS-Verantwortlichen aber auch ihre besondere »Parteiergebenheit« und politisch-ideologische Festigkeit unter Beweis stellen, was ihren Blick trüben konnte und sie zeitweise daran hinderte, über politische Stimmungen und Missstände völlig ungeschminkt zu informieren. Dabei ist jedoch zeitlich zu differenzieren: In den sechziger Jahren waren die Berichte viel weniger ideologisch überformt und damit differenzierter und authentischer als in den siebziger Jahren. Manche Berichte sind auch als Zeugnisse einer politisch-ideologischen Selbstvergewisserung zu verstehen. Der Wert der hier edierten Quelle ist ambivalent: In den unterschiedlichen Schwerpunkten, die die Staatssicherheit in ihrer Berichterstattung über die Jahrzehnte hinweg setzte, spiegeln sich in komprimierter Form objektive Problemlagen von Gesellschaft, Politik und Ökonomie. Gleichzeitig offenbaren sich der spezifische Tunnelblick und die ideologisch bedingten Wahrnehmungsverzerrungen der Staatssicherheit. All dies schmälert nicht den Wert der Berichte, muss aber bei ihrer Interpretation berücksichtigt werden.¹

1 Zum Quellenwert von MfS-Unterlagen allgemein vgl. Engelmann, Roger: Zum Quellenwert der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Engelmann, Roger (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 23–55; zu den ZAIG-Berichten vgl. u. a. Münkel, Daniela: Die DDR im Blick der Stasi 1989. In: APuZ 21–22/2009, S. 26–32.

Bei den geheimen Berichten des MfS an die SED-Führung handelt es sich nicht in erster Linie um allgemeine Stimmungs- und Lageberichte – diese sind zwar zu finden, aber selten in dichter Abfolge. Bei dem Gros der Texte handelt es sich um Meldungen von Einzelvorkommnissen und deren »Analyse«. Ein direkter Vergleich mit den vom Sicherheitsdienst der SS seit 1938 verfassten »Meldungen aus dem Reich« ist demzufolge nur bedingt möglich.²

Das Berichtswesen der DDR-Staatssicherheit an die SED-Führung unterlag zwischen 1953 und 1989 mannigfaltigen Veränderungen. Dies gilt für den Aufbau und den Charakter der Berichte genauso wie für den organisatorischen Rahmen ihrer Entstehung.³ Auch hier lässt sich wie insgesamt für das Ministerium für Staatssicherheit ein Ausbau- und Professionalisierungsprozess konstatieren.

Am Beginn der regelmäßigen Berichtsserie an die SED-Führung standen der Aufstand vom 17. Juni 1953 und die daraus resultierenden Reaktionen der Partei- und Staatsführung. Um für nachfolgende Zeiten zu gewährleisten, dass die Parteiführung rechtzeitig über »sicherheitsrelevante« Entwicklungen informiert wird, installierte der neue Chef der Staatssicherheit, Ernst Wollweber, im August 1953 ein hierarchisch von unten nach oben organisiertes Informationssystem: vom Kreis über den Bezirk bis hin zur Zentrale in Berlin. In der MfS-Zentrale und den Bezirksverwaltungen wurden Informationsgruppen gebildet, die aus einer Vielzahl von Einzelinformationen die zur »Lagebeurteilung« relevanten Sachverhalte auswählen sollten. So entstand ein »Informationsdienst zur Beurteilung der Situation« mit einem festen Gliederungsschema, der bis Ende 1954 täglich produziert wurde. Danach wurde die Berichtsfrequenz auf zweimal wöchentlich festgelegt und im November 1955 auf einmal alle zwei Wochen reduziert.

Im Jahr 1957 geriet die Informationstätigkeit der Stasi in den Strudel der Auseinandersetzungen zwischen Ernst Wollweber und Walter Ulbricht.⁴ Letzterer war insbesondere über die Stimmungsberichte erbost, die er als »Schädigung der Partei« und Instrument, welches die »Hetze des Feindes legal« verbreite, bezeichnete.⁵ Der »Informationsdienst« wurde zum Ende des

2 Vgl. Boberach, Heinz (Hg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. 17 Bde., Herrsching 1984.

3 Zu Veränderungen von Aufbau und Struktur der »Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) im MfS sowie zur Entwicklung des Berichtswesens vgl. ausführlich Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe. Berlin 2009.

4 Vgl. Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht – Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43(1995)2, S. 341–378.

5 Sitzung des Kollegiums des Ministeriums für Staatssicherheit vom 7. Februar 1957, dokumentiert in: Engelmann, Roger; Schumann, Silke: Der Ausbau des Überwachungsstaates. Der Konflikt Ulbricht – Wollweber und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes der DDR 1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43(1995)2, S. 356–365, hier 357.

Jahres 1957 eingestellt, das Stimmungs- und Lageberichtswesen der Staatssicherheit stark eingeschränkt. Die Schwerpunkte der Berichterstattung wurden nunmehr auf die sogenannte »Feindtätigkeit« und Mängel in der Produktion gelegt.

Zu einer Neuorganisation und Systematisierung des MfS-Berichtswesens kam es dann in den Jahren 1959/60: Die »Zentrale Informationsgruppe« (ZIG) war nun die zuständige Instanz für das gesamte Informationswesen der Staatssicherheit inklusive der HV A (Hauptverwaltung A – Aufklärung). Im Dezember 1960 erließ Erich Mielke, der seit November 1957 an der Spitze des Ministeriums für Staatssicherheit stand, den Befehl 584/60, mit dem die Informationstätigkeit des Ministeriums auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Die »Informationsarbeit« wurde wieder als eine Kernaufgabe des MfS festgeschrieben. Hieraus resultierte auch eine personelle Expansion der ZIG. Die Berichte, die jetzt wieder Bevölkerungsstimmungen enthalten sollten, befassten sich darüber hinaus vor allem mit den Themen »Feindtätigkeit«, »Republikflucht« sowie Missständen aller Art in der DDR-Ökonomie. Im Unterschied zur Anfangszeit des Berichtswesens der Staatssicherheit kam der »Analyse« jetzt ein stärkeres Gewicht im Rahmen der »Informationstätigkeit« zu.⁶ Mit diesen Umstrukturierungen ging eine besonders strenge Handhabung des Geheimschutzes der Berichterstattung einher, das heißt, die Berichte durften nur an namentlich genannte Adressaten oder deren engste Mitarbeiter ausgehändigt und mussten nach Kenntnisnahme zurückgegeben werden. Außerhalb der Führungshierarchie des MfS bekamen in der Regel Mitglieder des Politbüros, des Sekretariats des ZK der SED sowie des Ministerrates die Informationen zugestellt. Ein analoges Informationswesen bestand in den Bezirken und Kreisen.

Die nächste wichtige Veränderung folgte im Jahr 1965: Mit der Einrichtung eines einheitlichen Auswertungs- und Informationssystems im MfS wurde die ZIG in die »Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) umgebildet, was für die Diensteinheit einen bedeutenden Kompetenzzuwachs und längerfristig auch einen Expansionsschub zur Folge hatte. Neu war nun vor allem, dass Bewertung und Zuordnung von Informationen einen zentralen Stellenwert erhielten und die Informationsflüsse innerhalb des MfS-Apparates präzise geregelt wurden. Einen weiteren Einschnitt bildete die Zeit von 1969 bis 1974: Die ZAIG expandierte erneut und wurde nun endgültig zu einem »Funktionalorgan des Ministers« ausgebaut. Der Einsatz der EDV professionalisierte das Informations- und Auswertungswesen des MfS in den folgenden Jahren weiter. Im Jahr 1972 wurde das Aufgabenprofil der ZAIG dann nochmals neu konturiert: Zentral blieben die permanente Analyse der »politisch-operativen Lage« sowie die Informationstätigkeit für die Partei-

6 Insgesamt wurden nun 5 Berichtsformen festgelegt: »Sofortmeldung«, »Ergänzungsmeldung«, »Einzelinformation«, »Bericht«, »Militärische Sonderinformation«.

und Staatsführung. Diese Aufgaben wurden im Bereich 1 der ZAIG thematisch spezialisierten Arbeitsgruppen zugeordnet, zu denen im Jahr 1981 noch eine weitere hinzukam, die sich überwiegend um die Themen Kirche, Kultur und politische Dissidenz kümmerte.⁷ Nun hatte sich für das Informations- und Auswertungswesen der Staatssicherheit eine Struktur herausgebildet, die bis zu ihrer Auflösung Ende 1989 Bestand haben sollte.

Was die Form der Berichte betrifft, so unterlagen auch diese deutlichen Veränderungen. Ab Juni 1956 bildeten die Einzelinformationen eine durchnummerierte Reihe mit lückenlos überlieferten Verteilern, die erkennen lassen, dass der überwiegende Teil dieser Berichte neben den internen Empfängern auch an Vertreter der politischen Führung ging. Aus dieser Berichtsreihe entwickelten sich dann Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre drei nicht scharf voneinander abzugrenzende Serien: die Serie »Informationen«, die für die politische Führung bestimmt war, sowie die Serien »K« (Verschiedenes, ab 1969) und »O« (Reaktionen der Bevölkerung, ab 1972), in die hochrangige Berichte aufgenommen wurden. Die Reihen erschienen in unregelmäßigen Abständen mit einem Umfang von ca. 350 Berichten pro Jahr.

Die »Informationen« waren die zentrale Berichtsreihe des MfS, mit der vor allem die Mitglieder des SED-Politbüros über einzelne sicherheitspolitische Ereignisse und Vorgänge in Kenntnis gesetzt wurden. Die O-Reihe entstand möglicherweise deshalb, weil die Berichterstattung über die Bevölkerungsstimmung auch unter Erich Honecker eine heikle Angelegenheit blieb. Das MfS fertigte primär zur Information seiner eigenen Leiter Berichte mit einem internen Verteiler über die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf bestimmte Ereignisse an. Dennoch gingen einige dieser Dokumente auch an Erich Honecker und andere hochrangige Vertreter der politischen Führung. Die Berichte, die nach der Prüfung durch die Verantwortlichen des MfS nicht als »Information« klassifiziert und ausgefertigt wurden, wurden in der ZAIG-Mappe K zur Ablage gebracht. Die übrigen Adressaten waren im Regelfall die Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit sowie andere hochrangige Leiter von MfS-Dienstseinheiten.

Die Berichtsreihen, die sich auf das DDR-Inland beziehen, werden vollständig ediert. Nicht erfasst werden die Berichte, die sich mit dem Ausland, in der Regel dem westlichen Ausland – mit einem Schwerpunkt auf der Bundesrepublik –, befassen und von der HV A erstellt wurden.⁸

Dazu wird die Edition in zwei unterschiedlichen Publikationsformen zugänglich gemacht: einer Buchversion im Umfang von 320 Seiten, die eine aus-

7 Die Zuständigkeitsbereiche der Arbeitsgruppen waren daneben u.a. folgende: internationale Themen, Spionage- und Terrorabwehr, Volkswirtschaft und Verkehr, Flucht, Ausreise, grenzüberschreitender Verkehr sowie Militärabwehr.

8 Die Listen der sogenannten Westberichte, die sehr große Überlieferungslücken von knapp 50 % aufweisen, sind mit Titel und Signatur auf der BStU-Homepage recherchierbar (www.bstu.bund.de).

fürliche Einleitung und im Dokumententeil eine Auswahl des jeweiligen Gesamtjahrganges präsentiert, und einer CD-ROM, auf der der komplette Jahrgang in Form einer Datenbank hinterlegt ist und die komfortable Recherchemöglichkeiten bietet. Ein Jahr nach Erscheinen eines Bandes wird der jeweilige Jahrgang auch im Internet unter www.ddr-im-blick.de zugänglich sein. Damit werden auch jahrgangsübergreifende Recherchen möglich.

Die Erstellung jedes einzelnen Jahrganges ist immer aufs Neue eine große Herausforderung, die nur mit einem funktionierenden Team zu leisten ist und jedem Einzelnen viel abfordert. Dafür sei allen gedankt. Mein ganz besonderer Dank geht an den Bearbeiter dieses Jahrgangs, Henrik Bispinck. Roger Engelmann war – wie immer – ein wichtiger Ratgeber vor allem in juristischen Fragen. Des Weiteren geht mein Dank an meine Mitarbeiter Jörg Hallepape, Frank Joestel, Hannelore Köhler, Petra Hein, Kristina Steinmetz und Ina Herrmanowski für ihr großes Engagement; an Doris Gorsler für ihre Hilfe bei der Benachrichtigung von Betroffenen, dem Leiter unseres Publikationsreferates Christian Adam und seinen Mitarbeitern Christiane Neumicke, Michael Janike, Martin Erdmann, Beate Prinz und Thomas Heyden sowie unserem Praktikanten Maxim Suckow für ihre sachkundige Unterstützung.

Einleitung 1977

Henrik Bispinck

»1977: Das normalste Jahr der DDR?« – diese Frage stellte der britische Historiker Mark Allinson vor dem Hintergrund seines Befunds, dass das »einzige ungewöhnliche Merkmal« dieses Jahres die »Abwesenheit fast jeglicher ungewöhnlicher Ereignisse« sei.¹ Tatsächlich fehlt ein herausragendes Ereignis, das unmittelbar mit diesem Jahr verbunden wird wie der Volksaufstand mit 1953, der Mauerbau mit 1961 oder die Ausbürgerung von Wolf Biermann mit 1976 – was indes für viele andere Jahre der DDR-Geschichte ebenso gilt. Doch ermöglicht die – für Historiker eher ungewöhnliche – Fokussierung auf ein einzelnes Jahr einen querschnittshaften Blick auf Ereignisse und Entwicklungen, die aus Sicht des Staatssicherheitsdienstes von Bedeutung waren. Die Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Jahr 1977 an die SED-Führung lieferte, decken ein breites Spektrum ab, das von Republikfluchten und Grenzverletzungen über Aktivitäten von Schriftstellern und kirchenpolitische Ereignisse bis hin zu Unfällen in Volkseigenen Betrieben und Klagen der Bevölkerung über Versorgungsprobleme reicht. Gleichwohl dominiert auch im Jahr 1977 ein Thema die Berichte in quantitativer wie qualitativer Hinsicht: die Folgen der Biermann-Ausbürgerung. Zahlreiche Berichte befassen sich mit Schriftstellern und anderen Künstlern, die im Gefolge dieser kulturpolitischen Repressionsmaßnahme die DDR verließen bzw. eine Ausreise planten. In etlichen weiteren finden die Ausbürgerung und die folgenden Proteste zumindest Erwähnung. Ein zweites zentrales Ereignis des Vorjahres wirft, wenn auch in geringerem Ausmaß, ebenfalls seinen Schatten auf das Jahr 1977: Die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz ist nicht nur Thema in zahlreichen Berichten über kirchliche Aktivitäten, zu registrieren ist auch eine erhöhte Sensibilität des MfS bei Suiziden im kirchlichen Umfeld sowie bei angedrohten und versuchten Selbstverbrennungen.²

- 1 Allinson, Mark: 1977: The GDR's Most Normal Year? In: Fulbrook, Mary (Hg.): Power and Society in the GDR 1961–1979. The »Normalisation of Rules? New York, Oxford 2009, S.253–277, hier 253: »The year's only unusual characteristic was the absence of almost any unusual events«.
- 2 So wurde beispielsweise einer vierköpfige Familie aus Magdeburg innerhalb von wenigen Stunden die Ausreise ermöglicht, nachdem sie in einem Brief an Erich Honecker mit einem »zweiten Fall Brüsewitz« gedroht hatte. Vgl. »DDR<: Familie wollte sich verbrennen – ausgewiesen«. In: Bild am Sonntag v. 17.4.1977. Siehe auch die Informationen 271/77, 276/77, 278/77 u. 512/77. Zur Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz siehe auch die Informationen 579/76, 583/76, 603/76, 610/76, 623/76 u. 723/76. Zu Suiziden in der DDR vgl. Grashoff, Udo: »In einem Anfall von Depression ...«. Selbsttötungen in der DDR. Berlin 2006, zu den Folgen des Falls Brüsewitz in diesem Zusammenhang insbes. S.342–354.

1. Zeitgeschichtlicher Hintergrund

1.1 Außen- und Deutschlandpolitik

Das Jahr 1977 fällt in eine Zeit, in der die Entspannungspolitik ihren Zenit bereits überschritten hatte. Die wesentlichen Etappen dieses Prozesses waren Mitte der 1970er Jahre abgeschlossen: Im Juni 1972 trat als erster deutsch-deutscher Vertrag überhaupt das Transitabkommen in Kraft, ein Jahr später der Grundlagenvertrag, der die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten regelte, ohne dass die Bundesrepublik die DDR formal anerkannte.³ In dem Vertrag wurde auch die Einrichtung gegenseitiger »Ständiger Vertretungen« in Bonn und Ostberlin vereinbart, die im Sommer 1974 ihre Arbeit begannen.⁴ Dem Grundlagenvertrag folgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu zahlreichen westlichen Staaten sowie im September 1973 die Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen, womit die DDR den Höhepunkt ihrer außenpolitischen Anerkennung erreichte. Diese Entwicklung stand im Zusammenhang mit dem globalen Entspannungsprozess zwischen den beiden Machtblöcken, der seinen wichtigsten Ausdruck in den langjährigen Verhandlungen der KSZE fand, die mit dem Gipfeltreffen in Helsinki im Sommer 1975 und der Unterzeichnung der Schlussakte zu einem vorläufigen Abschluss kamen.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde jedoch die innenpolitische Kehrseite der internationalen Anerkennung immer deutlicher: Regimekritiker und Ausreisewillige konnten sich nun auf Korb III der Schlussakte von Helsinki, in dem die Unterzeichnerstaaten u. a. erklärten, Reise- und Kontaktmöglichkeiten über die Grenzen hinweg verbessern zu wollen, und auf die UN-Charta berufen, um Menschenrechte und Freizügigkeit einzufordern. Die Zahl der Ausreiseanträge hatte 1976 einen vorläufigen Höchststand von knapp 20 000 erreicht; 1977 ging sie zwar um ein Drittel zurück, doch war dies vor allem darauf zurückzuführen, dass die DDR-Regierung über 5 000 Antragsteller hatte ausreisen lassen.⁵ Die Zahl der aufrechterhaltenen, noch offenen Anträge blieb weiterhin hoch. In einem Interview mit der »Saarbrücker Zeitung« Anfang 1977 gab Erich Honecker die hohe Zahl an Antragstellern und Genehmigungen erstmals indirekt zu.⁶ Andererseits forderte er, die

3 Vgl. dazu Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System. München 2007, S. 330–345; Scholtyseck, Joachim: Die Außenpolitik der DDR. München 2003, S. 31 f.

4 Vgl. dazu Boysen, Jacqueline: Das »weiße Haus« in Ost-Berlin. Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik bei der DDR. Berlin 2010.

5 Zahlen nach Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München 2012, S. 405.

6 Das Interview wurde auch im ND abgedruckt (»Mögen Vernunft und guter Wille in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland stets die Oberhand behalten. Interview des stellvertretenden Chefredakteurs der

KSZE-Schlussakte nicht auf die Menschenrechtsfrage zu reduzieren, sondern sie »als Ganzes« zu betrachten und berief sich auf das »Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten«. Diese Argumentationslinie, die die DDR und die übrigen Ostblockstaaten auch auf der im Oktober 1977 beginnenden ersten KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vertraten, kommt auch in den ZAIG-Berichten immer wieder zum Ausdruck.

1.2 Innen- und Kulturpolitik

Die Hoffnungen auf eine vorsichtige innen- und kulturpolitische Liberalisierung, die der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker bei manchen geweckt hatte, waren 1977 längst einer vollständigen Desillusionierung gewichen. Spätestens die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann im November 1976 hatte auch noch den »letzten Rest der aus den frühen siebziger Jahren stammenden Hoffnungen vernichtet, dass man sich auf dem Weg zu einem demokratischen Sozialismus befinde«.⁷ Doch hatte sich diese Maßnahme für die SED-Führung als Bumerang erwiesen und ihre Folgen waren bis weit in das Jahr 1977 und darüber hinaus spürbar. Große Teile der kritisch-loyalen Intelligenz resignierten endgültig; ein Exodus von Künstlern und Intellektuellen von bisher ungekanntem Ausmaß setzte ein. Zahlreiche auch über die Grenzen der DDR hinweg bekannte Persönlichkeiten verließen das Land, darunter die Schriftsteller Thomas Brasch, Sarah Kirsch und Hans Joachim Schädlich, die Schauspieler Manfred Krug und Eva-Maria Hagen sowie der Regisseur Adolf Dresen.

Mit großer Härte ging die SED auch gegen innerparteiliche Kritiker wie Rudolf Bahro vor. Kaum war ein Auszug aus seinem Buch »Die Alternative« im westdeutschen Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« erschienen, wurde Bahro verhaftet und später zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Das Buch und die Verhaftung fanden sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik ein starkes Echo. Zur gleichen Zeit befand sich der aus der SED ausgeschlossene Regimekritiker Robert Havemann noch immer unter Hausarrest.

»Saarbrücker Zeitung«, Erich Voltmer, mit Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, am 17. Februar 1977«. In: ND v. 22.2.1977). In der Fassung im ND bestätigte Honecker allerdings nicht die konkrete Zahl von »mehr als 10000« von den DDR-Behörden genehmigten Auswanderungsanträgen, sondern stellte lediglich fest: »Sie können davon ausgehen, dass die Zahlen, die Sie in einer Zeitung gelesen haben, ungefähr zutreffen.« Vgl. die Dokumentation des Interviews im Deutschland Archiv 10(1977)4, S.429–441, hier 431.

7 Köhler, Astrid: Klaus Schlesinger. Die Biographie. Berlin 2011, S.210.

1.3 Wirtschaftspolitik

Auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 hatte Erich Honecker die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« proklamiert. Damit war indes kein wirtschaftspolitischer Kurswechsel eingeläutet, sondern lediglich die bereits seit seinem Machtantritt 1971 verfolgte Linie in eine griffige Formel gegossen worden: Langfristige Investitionen in technologische Neuerungen wurden zugunsten einer stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Produktion von Konsumgütern zurückgestellt.⁸ Mit dem Versprechen auf baldigen Wohlstandszuwachs und soziale Verbesserungen sollte die Loyalität der Bevölkerung erkaufte werden. Diese Politik führte zwar in den Folgejahren tatsächlich zu einer spürbaren Verbesserung des Lebensstandards, ging aber mittelfristig zulasten der ökonomischen Substanz und wurde durch eine höhere Auslandsverschuldung erkaufte.⁹

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre machten sich – verzögert – schließlich auch in der DDR die Folgen der weltweiten Öl- und Wirtschaftskrise bemerkbar. Die SED reagierte mit einem strikten Sparkurs, der nach und nach auch auf die Versorgungslage durchschlug.¹⁰ Im Gegenzug wurden Handelsnetz und Warenangebot der Intershops, in denen nur mit Devisen bezahlt werden konnte, ausgeweitet. Da hiervon nur diejenigen profitieren konnten, die über Westgeld verfügten, wurden ab Herbst 1977 auch die Exquisit- und Delikat-Läden, die besonders begehrte Produkte zu stark erhöhten Preisen in DDR-Mark anboten, ausgebaut. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung konnte damit aber kaum eingedämmt werden; vielmehr sah man in diesen Maßnahmen eine Benachteiligung von Geringverdienern und DDR-Bürgern ohne Westkontakte. Im Sommer 1977 erreichte der Unmut der Bevölkerung in der sogenannten Kaffee-Krise einen Höhepunkt: Aufgrund stark gestiegener Weltmarktpreise hatte die DDR-Regierung günstige Kaffeesorten aus dem Handel genommen und stattdessen eine »Kaffee-Mix« genannte Mischung aus Röstkaffee und einem Surrogat auf den Markt gebracht. Dieses im Volksmund als »Erichs Krönung« bespöttelte Produkt wurde von der Bevölkerung jedoch einhellig abgelehnt. Die Behörden wurden von einer Flut von Eingaben überrollt und die Regierung sah sich gezwungen, den Import von Rohkaffee wieder zu erhöhen.¹¹

8 Vgl. dazu Hockerts, Hans Günter: Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur. In: Ders.: Der Deutsche Sozialstaat: Entfaltung und Gefährdung seit 1945. Göttingen 2011, S.249–269.

9 Vgl. dazu Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004, S.167–171.

10 Vgl. Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR. Erweiterte Neuauflage. Darmstadt 1997, S.305.

11 Vgl. dazu Wolle, Stefan: Die Heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Berlin 1998, S.199–201; Wunderlich, Volker: Die »Kaffeekrise« von 1977. Genussmittel und Verbraucherprotest in der DDR. In: Historische Anthropologie 11(2003), S.240–261.

1.4 MfS und ZAIG

Die 1970er Jahre sind das Jahrzehnt, in dem der Staatssicherheitsdienst am stärksten gewachsen ist. Zwischen 1971 und 1982 verdoppelte sich die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter nahezu von 45 000 auf 81 500. Im Jahr 1977 arbeiteten 68 000 Hauptamtliche im Ministerium. Auch der Etat des MfS wurde in dieser Zeit massiv aufgestockt. Allein 1977 war er gegenüber dem Vorjahr um 200 Millionen Mark gestiegen.¹² Für dieses außerordentliche Wachstum gab es verschiedene Gründe. Erich Mielke hatte schon Anfang der 1960er Jahre versucht, das Ministerium »als eine Art Generalkontrollorgan gegenüber dem Staats- und Wirtschaftsapparat [zu] etablieren«,¹³ sich damit aber zunächst nicht durchsetzen können. Trotzdem zog der Stasi-Chef im Laufe des Jahrzehnts nach und nach weitere Aufgaben an sein Ministerium, sodass es in Staatsapparat und Wirtschaft zunehmend als »Sachwalter allgemeiner Sicherheitsbelange« fungierte.¹⁴ Diese zusätzlichen Kompetenzen wurden in dem neuen Statut, das sich das MfS im Sommer 1969 gab, festgezurrt. Danach sollte die Staatssicherheit über ihre Kernaufgaben der »Aufklärung und Abwehr« von »feindlichen Plänen« hinaus nun auch ganz allgemein der »Festigung und Stärkung des sozialistischen Staates« sowie der »Sicherung der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus« dienen. Sie war nun offiziell befugt, zu allen »Problemen der staatlichen Leitung, durch die Fragen der staatlichen Sicherheit berührt werden«, Stellung zu nehmen.¹⁵

Nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker hielt der neue Generalsekretär an dieser strategischen Neuausrichtung fest. Unter seiner Ägide entwickelte sich der Staatssicherheitsdienst zu einem »Generalunternehmen für Sicherheit, Machtsicherung und Unterdrückung«,¹⁶ dessen Aufgabengebiet potenziell unbegrenzt war. Die Stasi erfüllte eine bis dahin unbekannt »umfassende verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktion«¹⁷ im politischen System der DDR, die auch vor persönlichen Beziehungen nicht halt machte. Hinzu kam in den 1970er Jahren ein Zweites: Die Entspannungspolitik erschwerte es der SED zunehmend, innere Widerstände mit offener Repression zu bekämpfen. Da die DDR-Regierung u. a. die UN-Menschen-

12 Vgl. Gieseke, Jens: Die Stasi 1945–1990. München 2011, S. 72 u. 359.

13 Vgl. ebenda, S. 78.

14 Vgl. ebenda, S. 85.

15 § 1 und § 5 des »Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik« v. 30.7.1969. Das Statut ist dokumentiert von Karl Wilhelm Fricke in: Florath, Bernd; Mitter, Armin; Wollé, Stefan (Hg.): Die Ohnmacht der Allmächtigen. Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft. Berlin 1992, S. 138–145.

16 So Henke, Klaus-Dietmar: Staatssicherheit. In: Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit. Aktualisierte Neuausgabe. Bonn 1996, S. 646–653, hier 647.

17 Vgl. Henke, Klaus-Dietmar: Zur Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. In: VfZ (1993)4, S. 575–587, hier 586.

rechtsdeklaration und die Schlussakte der KSZE unterzeichnet hatte, musste sie versuchen, zumindest nach außen den Anschein aufrechtzuerhalten, sie würde sich an diese Vereinbarungen halten. Verhaftungen von Oppositionellen konnte sich das MfS aus außenpolitischen Gründen nicht mehr in dem Umfang erlauben wie bisher. Das Ministerium ging daher mehr und mehr zu verdeckten Formen der Oppositionsbekämpfung, etwa der »Zersetzung«, über, die arbeits- und personalaufwendiger waren.¹⁸ Zudem wurden im Zuge der Entspannungspolitik Westkontakte erleichtert. Da diese stets als potenzielles Sicherheitsrisiko galten, wurden sie von der Staatssicherheit kontrolliert, was ebenfalls einen höheren Aufwand bedeutete.

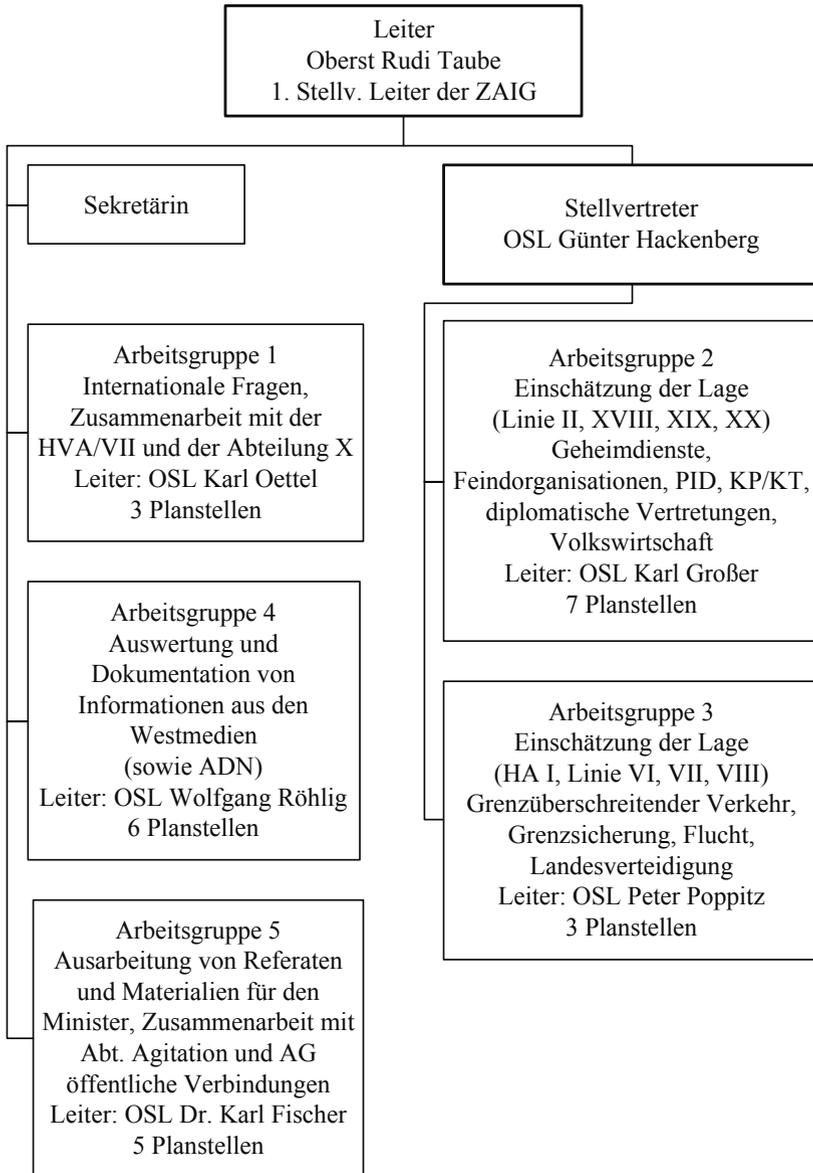
Auch die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe profitierte von dem allgemeinen Wachstum des MfS. Die Zahl der Mitarbeiter in der Zentrale stieg zwischen 1972 und 1977 um mehr als die Hälfte von 57 auf 90. In den Zentralen Informationsgruppen (ZIG) der Bezirke waren 1977 immerhin knapp 40 Prozent mehr Mitarbeiter beschäftigt als fünf Jahre zuvor.¹⁹ Die ZAIG wurde zum vollwertigen »Funktionalorgan« des Ministers ausgebaut und organisatorisch ausdifferenziert; ein Prozess, der bis 1974 vorläufig abgeschlossen war. Zuständig für die Berichterstattung an die SED-Führung war der Bereich 1, der 27 Planstellen umfasste und seit 1975 von Oberst Rudi Taube geleitet wurde, der zugleich 1. stellvertretender Leiter der ZAIG war.²⁰ Die von der ZAIG erstellten Berichte spiegeln das erweiterte Aufgabenspektrum des Staatssicherheitsdienstes. Neben klassischen sicherheitspolitischen Themen wie oppositionellen Tendenzen oder Grenzverletzungen kommen hier etwa auch kulturpolitische Angelegenheiten, Probleme in der Wirtschaft und im Verkehrswesen sowie Unfälle in Industriebetrieben zur Sprache.

18 Vgl. den Diskussionsbeitrag von Roger Engelmann, dokumentiert in: Ders.; Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung. Berlin 1995, S. 191. Siehe auch Pingel-Schliemann, Sandra: »Zersetzen« – Strategie einer Diktatur. Eine Studie. Berlin 2002.

19 Zahlen nach der Tabelle bei Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe. Berlin 2009, S. 79.

20 Vgl. dazu Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe. Berlin 2009, S. 59–64 u. 74 f.

Der Bereich 1 der ZAIG 1977²¹ (Organigramm)



21 ZAIG, Bereich 1, bestätigte Vorlage über die Aufgaben und Struktur des Bereiches 1 vom 21.11.1973; BStU, MfS, ZAIG 7593, Bl.1–33; bestätigter Stellenplan der ZAIG vom

2. Ausgewählte Themenfelder der Berichte

Welche Rückschlüsse auf den inneren Zustand der DDR lassen die Berichte zu? Welche Ereignisse, Themen und Problemfelder sah das MfS als für die Parteiführung bedeutsam an? Zu fragen ist auch nach der Informationspolitik von Erich Mielke und der ZAIG: An wen wurden die Berichte verteilt und welche Gesichtspunkte spielten bei der Auswahl der Adressaten eine Rolle? Diesen und weiteren Fragen wird im Folgenden anhand der ZAIG-Berichte des Jahrgangs 1977 nachgegangen.

2.1 Die Nachwehen der Biermann-Ausbürgerung

Das dominierende Thema der ZAIG-Berichte im Jahr 1977 sind die Auswirkungen der Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann vom November des Vorjahres.²² Die Intellektuellen und Künstler, die sich dem Protest gegen den Ausbürgerungsbeschluss angeschlossen hatten, sahen sich Repressionen und beruflichen Drangsalierungen ausgesetzt, einige weniger prominente Unterstützer wurden verhaftet. Zahlreiche von ihnen verließen in der Folgezeit die DDR. Die Ausbürgerung, der Protest und die Maßnahmen gegen die Unterzeichner riefen auch in der Bundesrepublik ein großes Echo hervor. Bereits Ende 1976 hatten u. a. Nina Hagen, Katharina Thalbach und Thomas Brasch die DDR verlassen. Im Frühjahr und Sommer 1977 folgten u. a. die Schriftsteller Reiner Kunze und Sarah Kirsch, die Schauspieler Manfred Krug und Eva-Maria Hagen sowie der Theaterregisseur Adolf Dresen. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs sowie die Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert waren wegen ihres Protests verhaftet worden und wurden im August 1977 ohne Prozess aus der Haft entlassen und in den Westen abgeschoben.

Das MfS interessierte sich intensiv für die Aktivitäten der Unterzeichner, die Ausreisevorbereitungen und die Kontakte der Ausreisewilligen untereinander. Darüber hinaus informierte die ZAIG auch ausführlich über die Reaktionen in der westdeutschen Presse und das Schicksal der Ausgereisten in der Bundesrepublik. Besonders eingehend beobachtet wurden die populären Schauspieler Manfred Krug und Armin Mueller-Stahl, die miteinander befreundet waren. Bei Krug bemühte sich die SED, letztlich vergeblich, intensiv

31.5.1974; BStU, MfS, ZAIG 7356, Bl. 1–12. Die Gliederung hatte auch 1977 noch Bestand, personell dem Stand von 1977 angepasst.

22 Vgl. dazu Berbig, Roland u. a. (Hg.): In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung. Berlin 1994; Suckut, Siegfried: Einleitung 1976. In: Ders. (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Göttingen 2009, S. 13–63, hier 27–30; Grünbaum, Robert: Wolf Biermann 1976. Die Ausbürgerung und ihre Folgen. Erfurt 2006. Siehe auch die Informationen 791/76, 798/76, 809/76, 811/76, 815/76, 817/76, 828/76, 829/76 u. 837/76 sowie die Berichte O/33 v. 19.11.1976 u. O/35 v. November 1976.

darum, ihn zum Verbleib in der DDR zu bewegen,²³ Mueller-Stahl zog seinen Ausreiseantrag zunächst zurück, verließ die DDR aber wenige Jahre später.

Allein mit Manfred Krug befassen sich sieben Informationen. Anfang des Jahres absolvierte Krug eine Konzert-Tournee durch die DDR. Die Tournee war bereits vor den Protesten gegen die Biermann-Ausbürgerung geplant gewesen – von den ursprünglich vorgesehenen 15 Konzertterminen waren danach jedoch neun ersatzlos gestrichen worden.²⁴ Zudem waren bei einigen Auftritten die Karten kontingentweise an Betriebskollektive oder FDJ-Gruppen vergeben und die vorderen Reihen mit Staats- und Parteifunktionären besetzt worden, die sich demonstrativ jeglichen Beifalls enthielten. Akribisch notierte die ZAIG die Bemerkungen Krugs, mit denen er auf dieses Publikum anspielte.²⁵ So äußerte dieser u. a., bei seinen Konzerten seien »Menschen anwesend, die sich überhaupt nicht für seine Musik interessieren, sondern aus beruflichen oder dienstlichen Gründen anwesend sein müssten« und forderte das Publikum auf, »trotz geschenkter Karten« Beifall zu klatschen. Zwei bei einem Konzert in der ersten Reihe sitzende Funktionäre sprach er direkt an: »Es muss doch direkt anstrengend sein, den ganzen Abend so dazusitzen mit einer langen Fresse und nicht eine Hand zu rühren. Das muss doch direkt wehtun. Sie dürfen das nicht so auffällig machen, das ärgert uns doch hier oben bloß.« Vermitteln derartige Bemerkungen noch einen humorvollen Umgang mit den Umständen seiner Tournee, brachte Krug in seinem Ausreiseantrag seine Verbitterung darüber zum Ausdruck: Es habe »Gruppen von Zuhörern« gegeben, »die während des ganzen Konzerts finstere Minen vorführten und keine Hand rührten, eine Art von verabredeter Feindseligkeit, die einem Bühnenkünstler die Arbeit unmöglich macht, die ihn kaputtmacht.«²⁶

Wenige Monate nach dem Ende der Tournee, am 19. April 1977, stellte Manfred Krug einen Antrag auf Ausreise aus der DDR. Er begründete den Antrag mit den Repressalien, denen er sich wegen seiner Weigerung, die Unterschrift unter der Protestresolution zurückzuziehen, ausgesetzt sah: Geplante Filmprojekte wurden auf Eis gelegt, eine vorbereitete Schallplatte sollte nicht veröffentlicht werden, Angebote für Filme und Konzerte blieben aus. Zudem beklagte Krug eine zunehmende gesellschaftliche Isolierung.²⁷ Für die ZAIG war der Ausreiseantrag Anlass für einen ausführlichen Bericht über die

23 Vgl. dazu Krug, Manfred: Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch. 3. Aufl., Düsseldorf 1996.

24 Vgl. Schulz, Berndt: Manfred Krug. Porträt des Sängers und Schauspielers. Bergisch-Gladbach 1989, S. 65.

25 Vgl. hierzu und zum Folgenden Information 100/77.

26 Ausreiseantrag von Manfred Krug v. 16.4.1977. Anlage zur Information 257/77. Der Ausreiseantrag ist, mit leicht abgewandelten Formulierungen, auch dokumentiert in Krug, Manfred: Abgehauen. Ein Mitschnitt und ein Tagebuch. 3. Aufl., Düsseldorf 1996, S. 122–125.

27 Vgl. den Ausreiseantrag von Manfred Krug v. 16.4.1977. Anlage zur Information 257/77.

»Verhaltensweisen« des Schauspielers, der 19 Seiten umfasste.²⁸ Die Information ist paradigmatisch für die Berichte über ausreisewillige oder bereits ausgereiste Künstler; zahlreiche Topoi, die immer wieder auftauchen, sind hier zu finden.

Da ist zunächst die Diskreditierung der Persönlichkeit der Betroffenen, die häufig schon bei der Herkunft beginnt: Krugs Familie wird als »bürgerlich« beschrieben, es wird darauf hingewiesen, dass sein Vater »Mitglied der Nazipartei« gewesen sei. Verwiesen wird darüber hinaus auf seine »Undiszipliniertheit«, die er schon früh gezeigt habe, auf seine angebliche Geltungssucht und seine »Überheblichkeit«. Vor allem aber wird auf die angeblich vorrangig materiellen Interessen Krugs abgehoben: Er habe »ständig hohe Einkünfte« gehabt, seine Tagesgagen gehörten zu den »Spitzengagen der DDR« und er prahle damit, Millionär zu sein und »die Gagen zu bekommen, die er fordere«. Kombiniert sind solche Zuschreibungen häufig mit dem Hinweis auf Auszeichnungen und Privilegien, die die Betroffenen erhalten hätten, womit ihnen indirekt »Undankbarkeit« gegenüber dem sozialistischen Staat zum Vorwurf gemacht wird. In einem Bericht über den Theaterregisseur Adolf Dresen werden seine Auszeichnungen und die Zuweisung einer großzügigen Wohnung ebenso erwähnt wie seine »ideologischen Probleme« in »politisch angespannten Situationen« und seine Nähe zu »Positionen der westdeutschen Sozialdemokratie«. Auch der Hinweis auf die Herkunft aus einer »religiösen kleinbürgerlichen Familie« fehlt nicht.²⁹ Armin Mueller-Stahl, der über Monate hinweg mit der Entscheidung rang, einen Ausreiseantrag zu stellen, wird Geltungssucht unterstellt: Mehrfach heißt es, er halte sich für einen »ganz großen Schauspieler«, dem »Zugeständnisse und größere Freiheiten«, vor allem Reisemöglichkeiten, gewährt werden müssten. Zudem sei in seinem persönlichen Umfeld geäußert worden, er sehe sich »[i]mmer stärker in der Rolle eines Märtyrers und gefalle sich darin«.³⁰

Großen Raum nimmt in den Berichten der – angebliche oder tatsächliche – Einfluss von Personen aus Westdeutschland ein. Ausführlich wird berichtet über Besuche von Günter Grass bei Unterzeichnern der Biermann-Petition in Ostberlin, die er aufgefordert habe, »aktiv für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR einzutreten«, wobei er »offen Thesen im Sinne des Sozialdemokratismus« vertreten habe.³¹ Ebenso in den Fokus geriet Hannes Schwenger, der Vorsitzende des nach der Biermann-Ausbürgerung gegründeten »Schutzkomitees Freiheit und Sozialismus«, das sich für aus politischen Gründen verfolgte und bedrängte Schriftsteller in der DDR

28 Information 257/77.

29 Vgl. Information 32/77.

30 Vgl. Informationen 338/77, 395/77 u. 421/77.

31 Vgl. Information 339/77. Zu Grass siehe auch Information 729/77 sowie Schlüter, Kai: Günter Grass im Visier. Die Stasi-Akte. Eine Dokumentation mit Kommentaren von Günter Grass und Zeitzeugen. Berlin 2010.

einsetzte. Schwenger hatte Kontakt zu Sarah Kirsch aufgenommen, um sich über die Situation der Unterzeichner der Protesterklärung zu informieren.³² Besonders intensiv beobachtet wurden westdeutsche Journalisten, darunter die DDR-Korrespondenten des Nachrichtenmagazins »Der Spiegel« und des ZDF, Ulrich Schwarz bzw. Dirk Sager. Dabei ging es darum, ihre Verbindungen zu »feindlich-negativen« Kräften aufzudecken – im Falle von Schwarz vor allem Personen aus dem Umfeld von Wolf Biermann wie Eva-Maria Hagen, Sibylle Havemann und Bettina Hindemith, die Tochter von Stephan Hermlin, sowie der unter Hausarrest stehende Robert Havemann.³³ Akribisch notiert wurden auch alle persönlichen und telefonischen Kontakte des Korrespondenten der »Westfälischen Rundschau«, Peter Nöldechen, zu Schriftstellern und Dissidenten, darunter Jurek Becker, Stefan Heym und Robert Havemann.³⁴ Verbunden war dies mit dem Versuch, die Aktivitäten der Journalisten als »Einmischung in die inneren Angelegenheiten« und Überschreitung der ihnen gewährten Arbeitsmöglichkeiten zu kriminalisieren. Entsprechende Nachweise – Schwarz hatte als eine Art Kurier zwischen Biermann und seiner noch in Ostberlin wohnenden Ehefrau fungiert – hätten es der DDR-Regierung ermöglicht, die Journalisten auszuweisen, wie es bereits Ende 1976 mit Schwarz' Vorgänger Jörg R. Mettke sowie mit dem ARD-Korrespondenten Lothar Loewe geschehen war.³⁵ Entsprechende Konsequenzen blieben bei Schwarz allerdings aus; der erwähnte Bericht war vom MfS auch gar nicht erst an die SED-Führung weitergeleitet worden. Der in dieser Information gegen Schwarz erhobene Vorwurf, er diskriminiere und verleumde die Tätigkeit des MfS, indem er behauptete, »die gesamte Bevölkerung der DDR sei einem ausgeklügelten »Abhör- und Bespitzelungssystem« unterworfen«,³⁶ mutet geradezu ironisch an, da eben dieser Bericht ohne ein solches System gar nicht hätte geschrieben werden können. Zudem hätte das MfS diese Aussage gemäß seinem Selbstverständnis eher als Kompliment denn als Verleumdung betrachten müssen.

Auch nach ihrer Übersiedlung in den Westen wurden die ausgereisten Schriftsteller und Künstler noch vom Staatssicherheitsdienst beobachtet. So stellte die ZAIG Informationen über geplante Veröffentlichungen von Wolf Biermann im Verlag Kiepenheuer & Witsch sowie bei der Plattenfirma CBS zusammen.³⁷ Berichtet wurde auch über ein gemeinsames Konzert von Biermann, Gerulf Pannach, Christian Kunert und Jürgen Fuchs in Westberlin, in

32 Vgl. Information 339/77.

33 Vgl. Information 74/77. Zur Beobachtung von Ulrich Schwarz durch das MfS vgl. Chmel, Christian: Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED. Berlin 2009, S. 336–344.

34 Vgl. Bericht K 3/11 v. Januar 1977.

35 Vgl. dazu Chmel, Christian: Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED. Berlin 2009, S. 155–175.

36 Vgl. Information 74/77.

37 Vgl. Information 72/77.

dessen Vorfeld es zu Konflikten zwischen Biermann und seinen Kollegen gekommen sei. So hatte Pannach kritisiert, dass Biermann im Westen Lieder über die DDR singe, die nur von einer kleinen linken Elite verstanden würden, anstatt sich mit dem »System« der Bundesrepublik zu befassen. Kunert warf Biermann in diesem Zusammenhang vor, »zu kommerziell« zu denken.³⁸ Besonders interessant ist ein 29-seitiges Dokument »über die Situation und soziale Lage ehemaliger Kulturschaffender der DDR, die in die BRD, nach Westberlin und andere kapitalistische Staaten übergesiedelt sind«, vom Oktober 1977, das an die Kulturfunktionäre Hager, Lamberz und Hoffmann ging.³⁹ Hier wird u. a. ausführlich über Biermann, Eva-Maria und Nina Hagen, Jürgen Fuchs, Thomas Brasch und Katharina Thalbach berichtet. Die Information, die zu einem Teil auf westlichen Presseberichten basiert, stellt die Anpassungsschwierigkeiten und materiellen Probleme der Übersiedler in den Vordergrund. Fast alle kämen mit den »vorgefundenen kapitalistischen kommerziellen Gepflogenheiten« im Showgeschäft nicht zurecht und hätten Schwierigkeiten, sich eine gesicherte materielle Existenz aufzubauen. Konkret berichtet wird über kleine Wohnungen, Abhängigkeit von Arbeitslosenunterstützung sowie von Klagen über hohe Mieten. Darüber hinaus belastete die Künstler die Trennung von der gewohnten Umgebung, der Familie und dem Freundeskreis psychisch. Denjenigen Übersiedlern, denen es finanziell besser ging, wird im Gegenzug die Verfolgung vorrangig materieller Interessen unterstellt. Ausführlich ist von Biermanns hohen Honorarforderungen die Rede, und über Manfred Krug heißt es, er sei »eifrig bemüht, sich umfassende Kenntnisse über kommerzielle Praktiken im Unterhaltungsgewerbe der BRD anzueignen, um für sich die bestmöglichen Vertragsabschlüsse zu erzielen«. Zudem habe er Rollenangebote bisher abgelehnt, »offensichtlich in dem Bestreben, damit Gagenangebote in die Höhe zu treiben«. Pauschal behauptet der Bericht zudem, dass alle Übersiedler vom Gegner benutzt würden, »um sie massiv in die antikommunistischen Angriffe und Verleumdungskampagne gegen den real existierenden Sozialismus einzubeziehen und als Beweis für die angeblich gescheiterte Kulturpolitik« der SED anzuführen. Insbesondere Wolf Biermann habe sich zum »Sprachrohr der reaktionärsten Kräfte der BRD« gemacht, weshalb er in linken Kreisen der Bundesrepublik zunehmend auf Ablehnung stieße. Meinungsverschiedenheiten und Konflikte zwischen den übergesiedelten Künstlern kommen ebenfalls ausführlich zur Sprache. Der Bericht scheint damit im Grunde alle Prophezeiungen und Vorurteile der SED gegenüber den Übersiedlern zu bestätigen: soziale und finanzielle Schwierigkeiten in der Bundesrepublik, Vereinnahmung durch die westdeutsche Politik und die Medien sowie der Vorwurf, die Übersiedler seien in erster Linie von materiellen Motiven getrieben. Dies verdeutlicht einmal mehr das

38 Vgl. Bericht K 3/23 v. 7.11.1977.

39 Vgl. Information 636/77. Hieraus auch die folgenden Zitate.

Bestreben des MfS, in den Berichten an die Parteiführung der Erwartungshaltung und der politisch-ideologischen Perspektive der Adressaten entgegenzukommen.

2.2 Probleme in Wirtschaft und Industrie

Ein wiederkehrendes Thema der ZAIG-Berichte – über alle Jahrgänge hinweg – sind Probleme der Wirtschaft und einzelner Volkseigener Betriebe. Das MfS betrachtete sich auch in diesem Bereich als allzuständiges Überwachungs- und Kontrollorgan. Dabei ging es sowohl um grundsätzliche Mängel und Missstände als auch um besondere Vorkommnisse wie Unfälle, Brände und Havarien. Im Jahr 1977 waren vor allem die Reichsbahn und die Energieversorgung betroffen, und damit zwei Bereiche, in denen Mängel unmittelbare Auswirkungen auf die Bevölkerung hatten.

Während sich die ZAIG-Berichte des Vorjahres zur Reichsbahn noch auf Organisations- und Kapazitätsprobleme beschränkt hatten,⁴⁰ erschien die Lage nun deutlich kritischer. Das MfS konstatierte »betriebsgefährdende Mängel« und ein daraus resultierendes hohes Unfallvorkommen in den Jahren 1975, 1976 und den ersten Monaten des Jahres 1977. Als Ursachen für diese Missstände machte das MfS typischerweise individuelle Schwächen und Fehler des technischen und betrieblichen Personals aus: Die Betriebsunfälle seien verursacht durch »Pflichtverletzungen und Fehlverhaltensweisen« wie die »Nichteinhaltung technischer Vorschriften« und die »mangelhafte Fahrwegprüfung«, aber auch durch die »mangelhafte[] Leitungs- und Kontrolltätigkeit«. Hinzu kamen technische Mängel, die auf Verschleiß zurückzuführen waren. So hatten ein Drittel der eingesetzten Güterwagen »die normative Nutzungsdauer von 34 Jahren überschritten«, was zu Schäden durch Materialermüdungen führte. Das MfS erkannte aber auch die tieferen Ursachen, die hinter diesen Missständen lagen. So wies es auf die »kritische Arbeitskräftesituation« bei der Reichsbahn hin, wo zahlreiche Stellen unbesetzt blieben, weshalb zum Teil enorm viele Überstunden geleistet werden mussten: Beispielsweise leisteten Triebfahrzeugführer im Jahresdurchschnitt 400, in Einzelfällen sogar bis zu 1 200 Überstunden.⁴¹ Wenige Monate später beschäftigte sich ein Bericht genauer mit der »ungünstigen Arbeitskräftesituation bei der Deutschen Reichsbahn«. ⁴² Hier wurde in aller Deutlichkeit aufgezeigt, welche negativen Folgen die »von der Partei- und Staatsführung beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen«, vor allem die Arbeitszeitverkürzungen für Schichtarbeiter und die Einführung der 40-Stunden-Woche, für die Betriebsabläufe der Reichsbahn hatten. ⁴³ Seit der Arbeitszeitverkürzung sei die

40 Vgl. Informationen 24/76 u. 585/76.

41 Information 247/77.

42 Information 569/77.

43 Gemeinsamer Beschluss des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Minis-

Bereitschaft, Überstunden zu leisten, zurückgegangen und die Arbeitsatmosphäre habe sich verschlechtert. Zudem bestehe nach wie vor eine hohe Fluktuation unter den Mitarbeitern der Reichsbahn. Eine derart deutliche und unmittelbare Kritik an konkreten Entscheidungen der SED-Führung ist für die ZAIG-Berichte ungewöhnlich, und es überrascht nicht, dass diese Information auf Weisung von Mielkes Stellvertreter Rudi Mittig zurückgehalten wurde.⁴⁴

Dass mit leitenden Staatsfunktionären weit weniger »schonend« umgegangen wurde als mit Parteifunktionären, zeigt indes ein weiterer Bericht zur Reichsbahn: In mehreren Betriebswagenwerken war es über mehrere Jahre hinweg zu Manipulationen von Rechnungen, zur Vortäuschung von Planerfüllung und zur Verschleierung von Schäden gekommen.⁴⁵ Ermöglicht bzw. begünstigt wurden diese jahrelangen systematischen Betrügereien nach Auffassung des MfS dadurch, »dass die Verwaltungen Wagenwirtschaft der Reichsbahndirektionen Greifswald und Berlin ihrer Anleitungs- und Kontrollpflicht gegenüber den ihnen unterstellten Bww [Bahnbetriebswagenwerken] nicht in vollem Umfang nachkommen«. Da diese Verwaltungen in den Zuständigkeitsbereich des Verkehrsministeriums fielen, ging der Bericht auch an Minister Arndt. Dieser reagierte mit einem fast schon unterwürfig formulierten Schreiben, in dem er sich für die »wichtigen Hinweise, die in meiner weiteren Leitungstätigkeit Beachtung finden« werden, bedankte und ausführlich über die von ihm eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel Rechenschaft ablegte. Das Schreiben endet mit den Worten: »Abschließend darf ich feststellen, dass die erforderlichen Maßnahmen konsequent durchgesetzt werden und darüber hinaus alles getan wird, um zukünftig solchen Verstößen entgegenzuwirken.«⁴⁶

Im März 1977 listete die ZAIG eine Reihe von »schweren Schäden, Störungen und Versorgungs- sowie Produktionsausfällen« in der Volkswirtschaft auf.⁴⁷ Die Vorfälle konzentrierten sich vor allem auf die chemische Industrie, die Metallindustrie und die Braunkohleförderung. Als Ursachen machten die Berichterstatter »erneut« die Verletzung und Missachtung von Arbeits-, Gesundheits- und Brandschutzbestimmungen sowie eine »Unter-

terrates der DDR über die weitere planmäßige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen im Zeitraum 1976–80. In: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Hg. v. Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. XVI: 1976–1977. Berlin 1980, S. 257–263, hier 263. Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurde die »Verordnung über die weitere schrittweise Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche« v. 29. Juli 1976 erlassen. In: GBl. I 1976, Nr. 29, S. 385 f.

44 Ursprünglich sollte sie an Werner Krolikowski, Günter Mittag und Verkehrsminister Arndt verteilt werden.

45 Information 194/77. Hieraus auch die folgenden Zitate.

46 Verkehrsminister Arndt an Mielke, Juni 1977; BStU, MfS, ZAIG 2663, Bl. 12 f.

47 Information 160/77. Hieraus auch die folgenden Zitate.

Vandenhoeck & Ruprecht

Die DDR im Blick der Stasi

Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Herausgegeben von Daniela Münkelt im Auftrag des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

1977



Die komplette Edition des Jahrgangs 1977 auf beiliegender CD

Das Jahr 1977 war bestimmt vom repressiven kulturpolitischen Kurs der SED nach der Biermann-Ausbürgerung. Zahlreiche Künstler, unter ihnen der populäre Schauspieler Manfred Krug, verließen die DDR. Zugleich machten sich die innenpolitischen Folgen der Entspannungspolitik durch die hohe Zahl von Ausreisearbeitstellern verstärkt bemerkbar. Unzufriedenheit herrschte auch aufgrund der schlechten Versorgungslage, mit einem Höhepunkt im Sommer während der »Kaffee-Krise«. Die Staatssicherheit registrierte diese kleineren und größeren Verwerfungen sehr genau und berichtete der SED-Führung regelmäßig darüber. Die in dem Band versammelten Dokumente bieten daher einen hervorragenden Einblick in Herrschaft und Gesellschaft der DDR im Jahr 1977.

Der Bearbeiter des Bandes

Dr. Henrik Bispinck ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Bildung und Forschung des BStU.

ISBN 978-3-525-37501-3



9 783525 375013

www.v-r.de